

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

24. Januar 2018

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.12.2017
Sitzungsbeginn:	17:06 Uhr
Sitzungsende:	19:16 Uhr
Ort, Raum:	Hauptgebäude Feuerwache Stolberger Str. 155, Raum 3.29, 3. OG (Multifunktionsraum)

Anwesende:

Ratsfrau Ulla Griepentrog	Vorsitzende
Ratsfrau Iris Lürken	stv. Ausschussvorsitzende
Ratsherr Ferdinand Corsten	anwesend
Ratsherr Ralf Demmer	anwesend
Ratsherr Alexander Gilson	anwesend
Ratsfrau Fabia Kehren	anwesend
Ratsherr Kaj Neumann	anwesend
Ratsherr Jürgen Schmitz	anwesend
Ratsfrau Dr. Heike Wolf	anwesend

AUK/30/WP.17

Ausdruck vom: 24.01.2018

Seite: 1/23

Herr Dr. Nils Brodowski	entschuldigt
Herr Georg Grooten	entschuldigt
Herr Jörg Hofmann	anwesend
Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Muggenborg	anwesend
Herr Paul Rütgers	Vertretung für: Herrn Georg Grooten
Herr Dirk Szagunn	anwesend
Herr Dr. Rainer von Courbière	als Vertreter für Herrn Dr. Brodowski
Herr Veith Helmig	anwesend
Herr Arno Lennartz	anwesend
Herr Jöran Stettner	anwesend
Herr Dieter Formen	anwesend
Herr Safi Özbay	anwesend

von der Verwaltung:

Herr Dr. Markus Kremer (Dez. V)
Herr Elmar Wiezorek (FB 36)
Herr Klaus Meiners (FB 36)
Herr Andreas Gronsfeld (FB 36)
Herr Eckard Larosch (B 03)
Herr Michael Kölpin (FB 20)
Herr Paul Rode (FB 20)
Herr Jürgen Wolff (FB 37)
Herr Bernd Geßmann (FB 37)
Frau Ursula Windmüller (FB 37)

als Schriftführer:

Herr Horst Pütz (FB 36)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.10.2017 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0231/WP17

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 14.11.2017 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0219/WP17

- 4 **Brandschutzbedarfsplan Stadt Aachen**
Vorlage: FB 37/0032/WP17

- 5 **20. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Kanalanschlusssatzung) der Stadt Aachen**
Hier: Notwendige Anpassung der Gebührenhöhe
Vorlage: B 03/0093/WP17

- 6 **17. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen**
Vorlage: B 03/0094/WP17

- 7 **Beschaffung von Fahrzeugen**
Vorlage: E 18/0102/WP17-1

- 8 **Nachwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde**
Vorlage: FB 36/0220/WP17

- 9 **Haushaltsplanentwurf 2018 einschließlich Finanzplanung bis 2021**
Vorlage: FB 36/0224/WP17

- 10 **Energie- und CO²-Bilanz 2016 der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 36/0225/WP17

- 11 **Errichtung eines Legendenwanderweges im Aachener Wald**
Vorlage: FB 36/0229/WP17

- 12 **Instandsetzung des Gartendenkmals Kaiser-Friedrich-Allee**
Vorlage: FB 36/0230/WP17

- 13 **Erhalt und Sicherung der Aachener Grünfinger**
Ratsantrag 299/17 der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 12.09.2017
Vorlage: FB 61/0814/WP17

- 14 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.10.2017 (nicht-öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0232/WP17

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 14.11.2017 (nicht-öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0218/WP17
- 3 **Antrag auf Erteilung einer Befreiung von den Verboten des Landschaftsplans zur Errichtung von Außenleuchten auf einem Grundstück und Entscheidung über den Widerspruch des Naturschutzbeirates gegen die beabsichtigte Befreiung: Dreiländerweg 127, Aachen**
Vorlage: FB 36/0222/WP17
- 4 **Erweiterung Hauptfeuerwache Stolberger Straße**
Vorlage: FB 37/0033/WP17

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Um 17.06 Uhr eröffnet Ratsfrau Griepentrog (Fraktion: Die Grünen) die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Wolff (FB 37) begrüßt ebenfalls die Anwesenden, besonders seine zahlreichen Kollegen/-innen der freiwilligen Feuerwehr bzw. der Berufsfeuerwehr Aachen.

Die Ausschussvorsitzende verpflichtet Frau Katharina Hrvacanin (Fraktion: Die Linke) als neue stellvertretende sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.

Seitens der Mitglieder werden folgende Änderungen in der Tagesordnung gewünscht:

Aufgrund der externen Gastdozenten werden die zwei öffentlichen Tagesordnungspunkte Nr.13 und Nr. 10 (Nummerierungen erfolgen gemäß der Einladung) an den Beginn der Sitzung verlegt.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt Nr. 10 (s.o.) abzusetzen. Es handele sich hierbei um eine Schenkung an die Stadt Aachen und die Zuständigkeit für solche Schenkungen lägen beim Rat bzw. beim Hauptausschuss. Herr Hofmann (Die Linke) schließt sich dem Antrag an.

Herr Dr. Kremer (Dez. V) zieht den nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt Nr. 4 seitens der Verwaltung zurück.

Abstimmungsergebnis:

Die Änderungen in der Tagesordnung werden durch die Mitglieder einstimmig angenommen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.10.2017 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0231/WP17

Herr Hofmann (Die Linke) wünscht die Ergänzung einiger Zahlenwerte in der Niederschrift des öffentlichen TOP's Nr. 4.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz lediglich ein Ergebnis- und kein Wortprotokoll angefertigt werden müsse.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 10.10.2017 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 14.11.2017 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0219/WP17

Es erfolgen keine Wortmeldungen aus dem Ausschuss.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen

zu 4 Brandschutzbedarfsplan Stadt Aachen**Vorlage: FB 37/0032/WP17**

Herr Dr. Kremer (Dez. V) erklärt, das „Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz“ (BHKG) schreibe die Aufstellung eines Brandschutzbedarfsplanes für Kommunen als Pflichtaufgabe vor. Gleiches gelte bezüglich einer regelmäßigen Fortschreibung dieses Planes.

Er führt aus, dass dieser Plan eine Definition von Schutzziele auf Basis erfolgter Risikoanalysen beinhalte und die Frage nach der materiellen, infrastrukturellen sowie personellen Leistungsfähigkeit einer Feuerwehr beantworten würde.

Die Fortschreibung sei ein aufwändiges Verfahren, welches schrittweise durchgeführt werde. Es hätte mit der Bekanntgabe des anstehenden Prozesses vor circa einem Jahr im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz begonnen. Wichtig sei gewesen, von Beginn an auch die Freiwillige Feuerwehr mit einzubeziehen. Daher habe es einen breit angelegten Beteiligungsprozess gegeben.

Er dankt den Mitarbeitern der Freiwilligen Feuerwehr für die vielen, konstruktiven Rückmeldungen in der Vergangenheit. In der Planungsbeteiligung durch den Gutachter haben sich fast 100 % der Löschzugmitglieder mit Anregungen eingebracht.

Da es sich hierbei um ein sehr komplexes Werk handele, das sowohl bei der Berufs- als auch bei der Freiwilligen Feuerwehr platziert wäre, bräuchte es für dessen Anfertigung eine gewisse Zeit.

Es wäre heute nicht die Aufgabe, eine Empfehlung oder gar einen Beschluss zu fassen, sondern es würde lediglich durch die externen Dozenten/Gutachter eine Ist-Analyse vorgestellt. Diese basiere auf einer Betrachtung des Gutachters der Risikopotenziale der Stadt Aachen und vor dem Hintergrund des technischen Standes von Literatur, Wissenschaft, Rechtsprechung sowie entsprechender Erlasslagen.

Heute würde bereits schon dargestellt, in welche Richtung sich die spätere Soll-Konzeption bewegen könne - ohne verbindlich konkret zu werden.

Anfang 2018 erfolge dann die Bündelung aller Maßnahmenvorschläge in einer Gesamtkonzeption mit Hinterlegung der finanziellen Relevanzen und Prioritäten. Erst anschließend sei der Ausschuss in der Lage, über eine Gesamtkonzeption final abzustimmen.

Herr Bormann (Sachverständiger für Brandschutz, Firma „FORPLAN“) berichtet mit Hilfe einer Präsentation über dieses Thema.

Die Präsentationsfolien sowie die aktuelle Handreichung vom Deutschen Städtetag sind dieser Niederschrift ergänzend beigelegt.

Ratsfrau Griepentrog dankt Herrn Bormann für seinen Vortrag.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) schließt sich dem Dank an. Jedoch vermisse er in dem Vortrag Hinweise auf die aktuellen gesetzlichen Vorschriften. Es würde ihn interessieren, was eine Kommune gesetzlich mindestens leisten müsse und darüberhinaus noch leisten könne. Eintreffzeiten in der Großstadt würden immer kürzer, in ländlichen Regionen jedoch stets verlängert.

Herr Unterofler (Gutachter bei der Firma „FORPLAN“) antwortet hierzu, dass es sowohl auf Bundesebene als auch in den Ländern keine gesetzlichen Vorgaben diesbezüglich gebe.

Abgeleitet von medizinischen Erkenntnissen zu Überlebenschancen bei einer Rauchgasintoxikation mit Kohlenmonoxid (CO) wurden die zeitlichen Erreichungsfristen bei der Schutzzieldefinition entwickelt. Jede Stadt muss einen Beschluss zum individuellen Schutzziel im Brandschutzbedarfsplan herbeiführen.

Herr Dr. Kremer (Dez. V) verweist erneut auf das BHKG. In diesem Gesetz würde eine „...den örtlichen Verhältnissen entsprechende, leistungsfähige Feuerwehr...“ gefordert. Es würden keine gesetzlichen Eintreffzeiten vorgegeben. Die Definierung solcher Zeiten erfolge auf bisherigen Erfahrungswerten bzw. durch Expertisen von Fachleuten. Es stünde seit langem ein Stand der Technik im Raum, in dem für Kommunen eine Untergrenze von 80 % als Schutzzielerreichungsgrad als gerade noch vertretbar angesehen werde.

Er fragt die beiden Gutachter, ob die Stadt Aachen bei der Festlegung der Schutzziele (bezogen auf einzelne Gebiete der Stadt) einen gewissen Spielraum habe und ob es möglich sei, eine rechtssichere, differenzierte Betrachtung diesbezüglich vorzunehmen.

Herr Bormann antwortet, dass es bei den Hilfsfristen keinen wissenschaftlichen Grund einer differenzierten Betrachtung gebe. Er empfiehlt, keine differenzierte Betrachtung durchzuführen. Lokale Bebauungsstrukturen spielten eine wichtige Rolle und müssten mit in Entscheidungen einfließen.

Eine SOLL-Konzeption wäre auch keine Planung ins Optimum. Vielmehr werde eine SOLL-Konzeption angestrebt, welche sich nach dem „aktuellen Stand der Technik“ ausrichte.

Frau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) dankt Herrn Bormann für den Vortrag. Sie sei jedoch bezüglich der verschiedenen Hilfsfristen, die im Vortrag erwähnt wurden, verunsichert. Sie stellt die Frage, was das genaue Schutzziel der Feuerwehr Aachen sei.

Herr Wolff (Fachbereich Feuerwehr) erläutert hierzu, dass die Hilfsfrist bei 9,5 Minuten liege. Dabei seien 1 ½ Minuten zwecks Einsatzdisposition und 8 Minuten Anfahrt der ersten Kräfte vorgesehen. Eine Genehmigung hierzu erfolge durch die Bezirksregierung Köln und läge nicht beim Rat der Stadt Aachen. Bei der Bezirksregierung würden hierzu Vergleiche mit anderen Städten herangezogen.

Herr Bormann ergänzt, dass in der Handreichung verschiedene Zahlen bezüglich der Hilfsfristen genannt würden. Ein Handlungsspielraum innerhalb dieser Fristen sei sehr eng und ein Einbezug der politischen Entscheidungsträgern wäre hierbei zwingend nötig.

Ratsherr Neumann (Fraktion: Die Grünen) dankt für den Vortrag. Er lege Wert auf die Erstellung eines Gesamtkonzepts. Er stellt die Frage, was nach reichlicher Abwägung seitens der Politik getan werden könne. Um eine gute Entscheidung im Ausschuss treffen zu können, lege er Wert auf eine entsprechende Erhebung. Weiterhin müssten finanzielle Auswirkungen mit in mögliche Entscheidungen einfließen. Ergänzend auf die Frage, was politisch getan werden könne, sei es ihm wichtig, ebenfalls zu klären, was getan werden müsse. Dieses Konzept habe (auch finanziell) große Auswirkungen für die Zukunft der Stadt Aachen.

Dr. Kremer (Dezernat V) bestärkt seinen Hinweis bezüglich der Gesamtkonzeption. Die gesamte Feuerwehr Aachen müsse angesichts von Risikolanalyse und dynamischer Stadtentwicklung mit Priorität weiterentwickelt werden.

Er bittet Herr Bormann um konkrete Hinweise bezüglich des weiteren Vorgehens. So stelle sich ihm die Frage, ob zur Umsetzung ein zusätzlicher Standort in Aachen erforderlich bzw. förderlich wäre. Die Ausrückebereiche der Freiwilligen Feuerwehr Aachen müssten möglicherweise erneut überdacht werden. Herr Dr. Kremer (Dezernat V) erinnert, dass in den letzten Jahren bereits große Investitionen in die Sicherheit der Aachener Bürger geleistet worden seien. Beispielhaft hierfür erwähnt er die Einstellung neuen Personals, die Modernisierung von Standorten sowie die Anschaffung neuer Einsatzfahrzeuge. Es müssten nun jedoch Entscheidungen bezüglich der nächsten 5 bis 10 Jahre bedacht werden und die hieraus resultierende Gesamtfinanzierung gut überlegt sein.

Ratsherr Gilson (CDU-Fraktion) stimmt Herrn Dr. Kremer im Namen seiner Fraktion zu.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) bittet um die Zusendung des Gutachtens sowie der Handreichung, um qualifiziertere Entscheidungen treffen zu können. Aus seiner Sicht könne es keine Rechtssicherheit geben, solange es keine konkrete Rechtsform gebe. Er fragt, ob mögliche Entscheidungen in Aachen überhaupt zu leisten seien. Man müsse für eine Entscheidungsgrundlage einen neutralen Blick behalten, was bei so einem Thema eine zwingende Notwendigkeit sei.

Er schlage vor, bei solchen Themen im Vorfeld kleinere Diskussionsrunden anzuberaumen, um Zeit für eine bessere Abstimmung zu erhalten. Der Effekt jeder Entscheidung sollte sein, alle Probleme möglichst optimal zu lösen.

Ratsfrau Griepentrog erinnert, dass im heutigen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz lediglich eine Beratung und keine Beschlussfassung stattfinden solle.

Sie dankt den zahlreichen Besuchern der Feuerwehr und den beiden Dozenten für ihrer Besuch.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Brandschutzbedarfsplan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 5 20. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Kanalanschlusssatzung) der Stadt Aachen

Hier: Notwendige Anpassung der Gebührenhöhe

Vorlage: B 03/0093/WP17

Herr Hofmann (Die Linke) hinterfragt die Abrechnung in der Vorlage. Er bittet um Erläuterungen über den Zusammenhang zwischen der Erhöhung von zwei Prozent bei den kalkulatorischen Kosten und der Sondernutzung.

Ratsherr Corsten (CDU Fraktion) führt an, dass seine Fraktion diesen Satzungsbeschluss unverändert annehmen werde. Er gebe zwei Verbesserungsvorschläge bezüglich der Vorlage. Er rege an, auf Seite 4 das Wort „Sonderposten“ durch den Begriff „Rücklage“ zu ersetzen.

Ferner weist er auf einen Zahlenfehler auf Seite 5 hin. Die Schmutzwassergebühren seien hier in Bezug auf die Mehrkosten mit einem Wert von jährlich 38,40 € angegeben worden. Die korrekte Wert läge jedoch bei lediglich 8,40 € pro Jahr.

Dies wird durch Herrn Larosch (B 03) bestätigt. Er führt aus, dass in Aachen bei einem 4-Personenhaushalt für die Entsorgung aller Abwässer zukünftig eine Mehrbelastung von 8,40 € pro Jahr entstehen würde. Bezüglich der gewählten Formulierung verweise der auf die Wortwahl im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF). Dort sei vorgegeben, dass diese Kosten als „Sonderposten“ benannt werden müssten. Eine Besonderheit im Kanalrecht seien auch die kalkulatorischen Zinssätze. Diese seien aktuell recht hoch und somit ungünstig für die Aachener Bürger. Weiter führt er aus, dass Kanäle eine angenommene Lebensdauer von 75 Jahren hätten. Der kalkulatorische Zinssatz wäre daher die Art der Abschreibungsvariante bei Kanälen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 20. Nachtrages zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Empfehlung

zu 6 17. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen

Vorlage: B 03/0094/WP17

Aus dem Ausschuss werden keine Fragen bzw. Hinweise zu diesem Thema geäußert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 17. Nachtrages in den zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Empfehlung

zu 7 Beschaffung von Fahrzeugen

Vorlage: E 18/0102/WP17-1

Als erfolgen hierzu keine Wortmeldungen aus dem Ausschuss.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung / Betriebsleitung des Aachener Stadtbetriebes im Hinblick auf die Erfordernisse der Luftreinhaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen

AUK/30/WP.17

Ausdruck vom: 24.01.2018

Seite: 11/23

zu 8 Nachwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde

Vorlage: FB 36/0220/WP17

Es erfolgte hierzu keine Wortmeldungen aus dem Ausschuss.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klima empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, Frau Ute Ranft für den BUND als Mitglied und Herrn Peter Slevogt für den BUND als stellvertretendes Mitglied in den Naturschutzbeirat der Stadt Aachen zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Empfehlung

zu 9 Haushaltsplanentwurf 2018 einschließlich Finanzplanung bis 2021

Vorlage: FB 36/0224/WP17

Herr Dr. Kremer (Dez. V) teilt mit, dass in der Vorlage das Produkt 110301 (Brunnenversorgung, Bachverrohrung) aus der Aufzählung der Produkte herausgenommen werden müsse, da es mittlerweile dem Mobilitätsausschuss Aachen zugewiesen sei.

Das Produkt 021502 (Werkfeuerwehr Uniklinikum) habe bei den Erläuterungen aber mit aufgezählt werden müssen. Die Beratungsunterlagen, die den Mitgliedern vorliegen würden, wären jedoch umfassend. Es sei lediglich eine redaktionelle Anpassung in den Erläuterungen der Vorlage.

Ratsfrau Lürken (CDU Fraktion) regt an, lediglich die Änderungswünsche in der Haushaltsberatung anzusprechen.

Ihre Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim, die Kosten i.H. von 140.000,- € für den Spielplatz Aachen-Lichtenbusch aus dem ursprünglich geplanten Haushaltsjahr 2020 in das Haushaltsjahr 2018 vorzuziehen.

Die Häuser in diesem Wohngebiet seien mittlerweile fertiggestellt und ein früherer Bau des Spielplatzes würde Sinn machen. Der Beschlussvorschlag sei ausgewogen und zustimmungswürdig.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) stellt im Namen ihrer Fraktion den Antrag, für 2018 ebenfalls Planungsmittel für den Spielplatz Stettiner Straße im Produkt 130101-Öffentliches Grün in Höhe von 35.000 € zur Verfügung zu stellen.

Herr Hofmann (Die Linke) stimmt diesem Antrag nicht zu, da es unklar sei, ob der Bau dieser Spielanlage überhaupt durchgeführt würde. Er erklärt weiter, er werde dem Haushaltsteil, der ausschließlich Umweltbelange behandle, zustimmen.

Er legt im Auftrag seiner Fraktion dem Ausschuss folgende Beschlussvorlage vor:

„Es wird ein neues PSP-Element „Rückstellung für Klagen Luftreinhaltung“ mit 200.000 € eingefügt“.

Als Begründung führt er auf, dass aufgrund der gesundheitsschädlichen Luftqualität mit rechtlichen Schritten gegen die Stadt zu rechnen sei. Da aber davon nicht auszugehen sei, dass die Ziele der Luftreinhaltung bis 2020 erreicht würden, halte seine Fraktion eine Rückstellung dieses Betrages im Haushalt für dringend notwendig. Er kritisiert, dass sich die Höhe der NO₂-Emissionen in Aachen nicht schnell genug verringern würde.

Die Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke wird dieser Niederschrift als Kopie beigelegt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Griepentrog (Die Grünen) ergänzt den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung um die Worte „... und der Veränderungsnachweisung...“.

Beschlüsse:

(1.) Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2018 sowie der Finanzplanung bis 2021 ausschließlich der Personalaufwendungen für die vorgelegten Produkte inklusive der Produktblätter und der Veränderungsnachweisung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Aachen diesen entsprechend zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme und Empfehlung

(2.) Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz folgt der Bezirksvertretung Aachen Kornelimünster/Walheim und beschließt, Mittel i.H. von 140.000,- € aus dem PSP-Element 4-130101-400-4, bzw. 5-130101-400-00200-300-1, Bau des Spielplatzes Lichtenbusch aus dem Haushaltsjahr 2020 in das Haushaltsjahr 2018 vorzuziehen.

Kostenart 78310000 60.000,- €
Kostenart 78350000 20.000,- €
Kostenart 78530000 40.000,- €
Kostenart 52560000 20.000,- €

Ferner beschließt der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, dass im Haushalt 2018 weitere Planungsmittel für den Spielplatz Driescher Hof, Stettiner Straße im Produkt 130101-Öffentliches Grün in Höhe von 35.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen bei einer Enthaltung

(3.) Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz fügt (gemäß dem Antrag der Fraktion: Die Linke vom 11.12.2017) ab dem Haushaltsjahr 2018 ein neues PSP-Element "Rückstellung für Klagen Luftreinhaltung" mit einem Bestand von 200.000 € ein.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei einer Zustimmung

zu 10 Energie- und CO²-Bilanz 2016 der Stadt Aachen

Vorlage: FB 36/0225/WP17

Ratsherr Neumann (Fraktion: Die Grünen) weist darauf hin, dass die CO₂- Bilanz mehr Beachtung finden solle. Sie sei ein gutes Instrument um zu erkennen, was gemacht werden müsse. Er beschreibt, dass zwei Bereiche (mit viel Potential) zu wenig Beachtung fänden. Hierzu zählen der Straßenverkehr und die Sanierung von Gebäuden. Aus seiner Sicht sei es immanent wichtig, eine signifikante Senkung der Emissionen im Straßenverkehr herbeizuführen.

Er wünsche sich einen Wechsel vom motorisierten Individualverkehr hin zum Fahrrad bzw. zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Er betont, dass dringend etwas unternommen werden müsse, um die ansteigende Luftbelastung zu verringern. Bezüglich der Sanierung von Gebäuden in der Stadt Aachen sei die genannte Quote noch zu gering. Eine fortschreitende Sanierung unterstütze die Reduzierung des

AUK/30/WP.17

Ausdruck vom: 24.01.2018

Seite: 14/23

Energieverbrauches. Eine mögliche Lösung sehe er in der kompetenten Beratung der Eigentümer, und die Modernisierung von Eigenheimen solle finanziell stärker gefördert werden. Er erkenne hier Handlungsbedarf der Stadt Aachen.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) sieht diese Thematik etwas positiver. Sie sei nicht ausschließlich durch den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu beeinflussen. Als Mitschuldigen benennt er die Autoindustrie, die ihre Kunden bewusst durch falsche Werte benachteiligt habe. Seitens der Verwaltung und der Politik würde in Aachen alles Mögliche getan und auch die Fachstelle „AltbauPlus“ agiere sehr erfolgreich.

Er sehe eine große Möglichkeit, wenn Hauseigentümer seitens der Politik überzeugt würden, in ihre Eigenheime zu investieren. Den Vorwurf, dass generell zu wenig getan werde, weise er ausdrücklich zurück. Abschließend erklärte er, dass es in Aachen bereits genügend Maßnahmen gebe, jedoch nicht alle durch den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bestimmbar wären.

Herr Hofmann (Fraktion: Die Linke) stimmt Ratsherrn Corsten im Bereich der Wärmeschutzmaßnahmen zu. Jedoch finde er die benannte Sanierungsquote in Höhe von 1,7 % zu gering. Er sehe ein massives Problem im Bereich des Aachener Straßenverkehrs. Dort gebe es noch viel Handlungsbedarf. Weiterhin müssten mehr Flächen für Fußgänger und Radfahrer geplant und eingerichtet werden. Es müsse ein Teilziel sein, Aachen für Autofahrer unattraktiv zu gestalten.

Herr Wiezorek (Fachbereich Umwelt) antwortet hierauf, dass Aachen mit einer Sanierungsquote von 1,7% absolut im Durchschnitt zu anderen Städten vergleichbarer Größe in Deutschland liege. „AltbauPlus“ werde aktiv unterstützt und leiste eine gute Arbeit. Die Kommune lege eindeutig einen Schwerpunkt bei der Sanierung von Gebäuden. Neue Instrumente würden ausprobiert und somit ein Anreiz für neue Investitionen geschaffen. Man sei in Aachen gut aufgestellt und tue, was man könne. In der Vergangenheit seien auch schon viele kommunale Maßnahmen umgesetzt worden. Jedoch seien die Möglichkeiten im Verhältnis zum Erfolg leider beschränkt.

Auf Hinweis von Herrn Hofmann (Fraktion: Die Linke) bezüglich der zu langsam sinken CO₂-Werte antwortet Herr Wiezorek (Fachbereich Umwelt), dass dies u.a. auf eine falsche Strategie der Bundesregierung in Bezug auf Dieselfahrzeuge zurückzuführen sei.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) sieht die Entscheidung über den Nutzen eines Verkehrsmittels bei jedem Menschen selber. Der öffentliche Personennahverkehr müsse immer und umfassend attraktiver gestaltet werden. Sie gibt eine Empfehlung an den Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen einen Beschluss zur Förderung von Lastenpedelecs zu überdenken. Als Umweltpolitiker habe man ja oft zu wenig

Einfluss. Jedoch sei es für sie nachvollziehbar, dass bei steigender Einwohnerzahl auch die Anzahl der in der Stadt genutzten Personenkraftwagen ansteige.

Ratsherr Neumann (Fraktion: Die Grünen) antwortet Frau Dr. Wolf, dass die Entscheidung der Einwohner über die Nutzung von Verkehrsmitteln durchaus politisch steuerbar sei. Eine Möglichkeit hierzu sehe er in der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieser müsse billiger, zuverlässiger und schneller werden. Somit werde zwangsläufig eine Reduzierung der CO₂-Emissionen herbeigeführt. Als Beispiel erwähnte er andere Städte, in denen dies bereits vorbildlich funktioniere. Wenn die Bereitschaft in den Gremien vorhanden wäre, könnte man dies auch umsetzen.

Herr Szagunn (Fraktion: Die Piraten) spricht die Gefahr an, dass anfallende Sanierungskosten auf laufende Mietpreise umgelegt würden und somit ein Austausch von finanziell-schwachen Mietern hin zu finanziell-solventen Mietern stattfinden könnte. Die Politik müsse dies überwachen.

Die Klimaziele der Bundesregierung seien Fakt, würden seiner Meinung nach aber nicht funktionieren. Er prangert weiterhin die Autoindustrie an, die durch manipulierte, immer leistungsstärkere, größere Autos einen negativen Teil dazu beitragen würde. Ferner würden statistisch immer weniger Personen in den Fahrzeugen sitzen.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) sieht das Problem der Mieterwechsel nicht so kritisch. Auf die Miete umgelegte Modernisierungskosten kämen langfristig aufgrund der zukünftigen, finanziellen Einsparungen sowohl den Vermietern als auch Mietern zu Gute.

Ratsfrau Lürken (CDU-Fraktion) erinnert an politische Gespräche der Jahre 2009 - 2013. Konkret nennt sie die Vision „Campusbahn“ in Aachen. Diese wäre ökologisch eine gute Alternative für Aachen gewesen, sei jedoch von 2/3 der Bürger in einem Bürgerentscheid abgelehnt worden. Dieses schienengebundene Verkehrsmittel hätte diverse der heutigen Probleme lösen können. Man versuche die Aachener Bürger/-innen weiter zu motivieren aber man könne sie nicht zwingen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

Herr Formen (Naturschutzverbände) stimmt den Aussagen von Frau Lürken zu. Aus seiner Sicht würden ohne aktive Lenkungsmaßnahmen der Politik in Bezug auf die öffentlichen Verkehrsmittel keine gravierenden Verbesserungen/Änderungen eintreten. Er wünsche sich eine Neuaufnahme der Debatte über den schienengebundenen, öffentlichen Personennahverkehr in Aachen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen

zu 11 Errichtung eines Legendenwanderweges im Aachener Wald

Vorlage: FB 36/0229/WP17

-siehe TOP 1-

Beschluss:

-siehe TOP 1-

Abstimmungsergebnis:

-siehe TOP 1-

zu 12 Instandsetzung des Gartendenkmals Kaiser-Friedrich-Allee

Vorlage: FB 36/0230/WP17

Herr Hofmann (Fraktion: Die Linke) vermutet, dass der Park durch die Bürger nicht sehr angenommen werde, da er aktuell sehr zugewachsen sei. Er äußert die Sorge, dass bei einer Instandsetzung des Gartendenkmals ein zu extremer Freischnitt durchgeführt werde, und er wünsche ein gutes, ökologisches Maß beim Rückschnitt der Bepflanzung.

Ratsherr Gilson (CDU-Fraktion) dankt der Verwaltung für die Vorlage und die gute Zusammenarbeit mit dem Investor. Die Instandsetzung der Anlage sei aus seiner Sicht eine Bereicherung für die Stadt. Seine Fraktion wünsche sich eine zeitnahe Umsetzung im Jahr 2018.

Herr Wiezorek (Fachbereich Umwelt) erläutert, welche Maßnahmen explizit vorgesehen seien. Es solle kein kompletter Freischnitt durchgeführt werden, und der Bachlauf solle in einen naturnahen Zustand überführt werden. Der Bereich solle wieder einsehbar werden, um so weiter an Attraktivität zu gewinnen. Die alten, wertvollen Bäume würden fachgerecht freigeschnitten, um besser gedeihen zu können.

Was im Laufe der letzten 15 Jahre durch mangelnde Pflege beeinträchtigt worden sei, solle nun wieder hergestellt werden. Die Verwaltung möchte eine offene Struktur schaffen, um Menschen zu animieren, dort Zeit zu verbringen. Ferner sei es ein Ziel, auf dieser Fläche ein blütenreiches Biotop zu schaffen, in dem Naturnähe und Gestaltung sinnvoll miteinander kombiniert würden. Seine Hoffnung liege darin, dass nach Abschluss der Arbeiten die Anlage durch die Aachener Bürger auch entsprechend genutzt würde.

Er versicherte gegenüber dem Ausschuss, dass der Prozess durch die Verwaltung (besonders der Rückschnitt der Pflanzen durch eine Fachfirma) intensiv begleitet werde.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) dankt Herrn Wiezorek für seine Ausführungen und die enge Begleitung der Verwaltung bei der Durchführung der Instandsetzung.

Herr Hofmann (Fraktion: Die Linke) fragt, wer dieser private Geldgeber sei.

Ausschussvorsitzende Griepentrog (Fraktion: Die Grünen) erwidert hierzu, dass Personendaten zum Schutze der betroffenen Personen nicht im öffentlichen Teil einer Ausschusssitzung genannt würden.

Sie begrüße die Bereitschaft des Investors und gehe davon aus, dass die Maßnahme gut umgesetzt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht im zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen

zu 13 Erhalt und Sicherung der Aachener Grünfinger

Ratsantrag 299/17 der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 12.09.2017

Vorlage: FB 61/0814/WP17

Herr Wiezorek (Fachbereich Umwelt) liest die Beschlussänderungen aus dem Planungsausschuss vom 07.12.2017 vor:

„Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, dem Erhalt und der Sicherung der Grünfinger in Aachen einen besonderen Stellenwert zuzuordnen. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, dazu im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans einen Kriterienkatalog zu erarbeiten und diesen dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen.“

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz folgt diesem geänderten Beschlussvorschlag.

Ein Beschlussauszug des Planungsausschusses vom 07.12.2017 ist dieser Niederschrift beigelegt.

Ratsherr Gilson (CDU-Fraktion) kritisiert, der ursprüngliche Beschlussvorschlag sei nicht weitreichend genug gewesen. Er sehe eine eindeutige Notwendigkeit für einen Kriterienkatalog. Eine weitere, enge Planung mit der Umweltbehörde wäre wünschenswert.

Ratsfrau Lürken (CDU-Fraktion) stellt fest, dass die Arbeitsergebnisse von Planern und Umweltpolitikern oft konträr seien. Der Antrag sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Stadt sei bereits sehr dicht besiedelt, und man müsse sich fragen, wie weit man in Aachen mit der Inanspruchnahme von Freiflächen gehen wolle. Sie erklärt, es würde sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, einen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen. Daher könne der Belang zum jetzigen Zeitpunkt dort noch mit einfließen. Aus ihrer Sicht müsse bzw. könne sich die Stadt Aachen noch angemessen entwickeln. Trotzdem müsse man in Aachen auch bestimmte Dinge als „No-Go´s“ akzeptieren. Sie bitte daher im Namen ihrer Fraktion den neuen Beschluss anzunehmen.

Ratsherr Neumann (Fraktion: Die Grünen) dankt für die Vorlage der Verwaltung und die Änderungen im Planungsausschuss. Dieser Beschluss würde das Problem konkret benennen und sei sehr sinnvoll.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) dankt ebenfalls für den sinnvollen Beschlussvorschlag des Planungsausschusses vom 07. Dezember 2017.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, dem Erhalt und der Sicherung der Grünfinger in Aachen einen besonderen Stellenwert zuzuordnen. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, dazu im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans einen Kriterienkatalog zu erarbeiten und diesen dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) fragt die Verwaltung, wann der (durch einen Biber) zerstörte Wanderweg in der Aachener Soers wiederhergestellt werde.

Herr Wiezorek (Fachbereich Umwelt) teilt mit, dass ein Begehen des Wanderweges weiterhin möglich sein solle und der Biber dem auch nicht entgegenstehe. Eine Sanierung des Schadens durch den

Aachener Stadtbetrieb sei bereits zeitnah geplant und eine Wiederverfügbarkeit wäre somit im Gange.
Fragen des Artenschutzes würden bei den Maßnahmen selbstverständlich beachtet.

Um 18.58 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.